Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2,80 M., monatl. 12 M., vorauszahlbar frei Haus. Für Abholer 10,50 M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 20 M., abends sowie Sonn- und Festtags 30 M.

Hamburger Echo

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 3,60 M. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 2,40 M. Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 2,25 M.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 531. Sonnabend, den 12. November 1921 – Abend-Ausgabe. 35. Jahrgang.

Kriegserklärung der Industrie.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat jetzt endlich den Schleier, der bisher über seinem Kreditangebot lag, gelüftet, kurz gesagt, die Herren der Industrie sind nur bereit, dem Reich Kredit zu geben, wenn die Eisenbahnen privatisiert werden. Die Art, wie die Privatisierung vorgenommen werden soll, bezeichnet man noch nicht genau. Man sagt, daß sich Industrie, Landwirtschaft, Handel und — man höre und staune — die Gewerkschaften an dem neuen privaten Konzern beteiligen, der die Eisenbahnen kaufen soll. Nach 3 bis 6 Monaten soll von diesem Konzern im Höchstfalle eine Goldmilliarde zur Verfügung gestellt werden. Die Gründe, die der Reichsverband der Industrie durch sein geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Bücher für die Pläne am Freitag vor Berliner Pressevertretern anführen ließ, klingen im ersten Augenblick bestrickend. Die Industrie, die zusammen mit dem Handel allein in der Schweiz etwa 1 Milliarde Goldmarkdevisen liegen haben soll, sei kreditunfähig, solange der schlechte Reichshaushalt bestehe. Die letzte Ursache des Defizits im Innern sei der Fehlbetrag der Eisenbahnen, und deshalb müßte dieser aus der Welt geschafft werden. Denn erst, vor allem wenn die Washingtoner Konferenz vorüber ist, glauben die Herren Industriellen an die Möglichkeit eines Kredites von rund einer Goldmilliarde. Das würde ein Uebergangskredit sein, der später, wenn die Eisenbahnen Goldwertcharakter angenommen hätten, durch eine Verpfändung der Eisenbahnen abgelöst werden könnte.

Mit diesem Angebot wird die Hetze, die für die Entstaatlichung der Eisenbahnen schon seit langem geführt wurde, verständlich. Es ist der Industrie natürlich nicht darum zu tun, das Reichsdefizit zu beseitigen, dazu würde allen Vermutungen nach ein dringender Appell zur Erfüllung der Steuerpflicht bei dem Großbesitz vollauf genügen. Man hat sich gerade die Eisenbahnen ausersehen, weil sie den Kreis von der Kohle und dem Eisen zur Fertigproduktion, deren einzelne Glieder sich durchweg in den Händen der Privatindustrie befinden, restlos schließt. Es ist ein Unsinn, zu behaupten, daß eine Republik Reichseisenbahnen nicht verwalten kann. Angeblich soll die Parteipolitik daran hindern. Warum aber haben dann die Deutschen Werke es unter der Hoheit des Deutschen Reiches fertigbekommen, die Grundsätze privatwirtschaftlicher Betriebsführung anzuwenden? Eine Beteiligung der Gewerkschaften etwa mit Kapital an einer privatisierten Eisenbahn käme ja schon deshalb nicht ernsthaft in Frage, weil die Arbeitnehmerorganisationen längst nicht über solche Mengen flüssigen Kapitals verfügen, wie die Unternehmerverbände. Wie man auch die Sache praktisch anfassen mag, die Haltung der Industrie entpuppt sich als ein eigensüchtiges Manöver, ihre Steuervorschüsse möglichst teuer zu verkaufen und die Last derjenigen Reparationszahlungen, die durch die Goldkredite zu decken sind, über die Eisenbahntarife und über die hierdurch notwendigen Preiserhöhungen auf die Verbraucher abzuwälzen. Auch das konnte man einfacher haben, wenn man es nicht gerade auf den Besitz der Verkehrsunternehmungen abgesehen hätte. Der Reichsverband, der bei jeder Tariferhöhung mit Protesten bei der Hand war, weil hohe Eisenbahntarife angeblich die Produktion erdrückten, bezweckt mit dem Plane zweifellos, seine wirtschaftliche und politische Macht zu erhöhen. Diese Gefahr, die durch die Bildung der großen Trusts mit ihrer Beherrschung der öffentlichen Meinung und der politischen Parteien schon seit langem droht, gilt es jetzt abzuwenden.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften sowohl wie die der Eisenbahner haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie das Projekt als eine Herausforderung ablehnen. Der Protestkampf aber allein reicht nicht aus. Wir werden um die Eisenbahnen kämpfen müssen, nicht nur in der Abwehr, sondern auch im Angriff. Der Vorschlag der Industrie, der schon seit langen Monaten im Reichswirtschaftsrat beraten worden ist, ohne daß man auch nur eine so entscheidende Schwenkung angekündigt hätte, kam in einem Moment heraus, wo die Reparationskommission in Berlin sitzt und kritischen Auges alle Bestrebungen zur Finanzreform beobachtet. Den Vertretern der Entente, die teils durchweg Privateisenbahnen, teils gemischte Systeme haben, wird der Gedanke der Industrie nicht ohne weiteres unsympathisch sein. Hat man auf ihre Hilfe gerechnet, indem man den Vorschlag so spät herausbrachte? Wie dem auch sei: dem Vorstoß muß die Spitze abgebrochen werden. Das ist möglich vor allem, wenn die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien ihrerseits bemüht sind, auf die Beseitigung des Defizits der Reichsbetriebe mit letzter Kraft hinzuwirken. Dann nämlich entfällt für die Entente der Grund, den Vorschlag der Privatindustrie sich zu eigen zu machen und als Diktat das zu bestimmen, was der Reichsverband jetzt als patriotische Forderung hinstellt. Kompromisse, die bereits von einem Teil der bürgerlichen Presse angestrebt werden, sind für die sozialistischen Parteien undenkbar, wenn es sich um die Frage handelt, ob ein Betrieb, der der Allgemeinheit gehört, in ihrem Besitz bleiben soll oder nicht.

Es muß klipp und klar erklärt werden, daß es kein Paktieren mit den Leuten gibt, die im Augenblick höchster Not die Hand nach der Gurgel des Staates strecken und unter dem Vorwand des Opfers seine Vermögenssubstanz an sich bringen wollen. Lange genug hat der Reichsverband der deutschen Industrie durch Andeutungen und Versprechungen die Erfassung der Sachwerte hinausgezögert. Inzwischen ist der Dollar nach kurzer Senkung wieder auf 300 angelangt. Ungeheuer wird die Not des Reiches. Durch die Entwertung der Mark soll das Defizit des Reiches auf 130 bis 140 Milliarden allein aus den Reparationen angewachsen sein. Ist es nicht geradezu ein verwegener Irrtum, zu glauben, daß mit der Beseitigung eines Defizits der Eisenbahn, das im höchsten Falle 16 bis 17 Milliarden betragen kann, und für dessen Beseitigung es sicherlich noch andere Wege gibt, die Schwierigkeiten behoben sein sollen? Es ist tatsächlich so, daß die Industrie die durch die Revolution eingebüßte Diktatur des Kapitals wiederherstellen will. Zugegeben, daß selbst einzelne Mitglieder des Reichsverbandes das nicht wollen. Aber der Enderfolg bleibt der gleiche. Und er muß durch die entschiedene Haltung der Arbeiterschaft zunichte werden. Verlangt die Industrie die Reichseisenbahnen, so müssen wir dagegen nicht nur die Beibehaltung der Reichseisenbahnen und ihren wirtschaftlichen Ausbau fordern, sondern auch die Sicherung ihrer Rohstoffquellen, vor allem der Kohle und des Eisens, auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage verlangen. Wohl besteht die Gefahr, daß die Kredithilfe dadurch zunichte wird. Es ist die Frage, ob der Verlust so groß ist, nachdem die Ankündigung des Kreditangebotes nicht verhindern konnte, daß der Dollar auf 300 stieg. Aber ernst gemacht werden muß mit der Erfassung der Sachwerte, die allein die Möglichkeit bietet, dem Reich das zu geben, was sein Anteil an der Produktion ist.

*

Gegen die Kapitulation vor dem Großkapital.

SPD. (Drahtbericht.) Berlin, 12. November.

Der Unterausschuß des Verkehrsausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, der sich mit der Prüfung der organisatorischen wie wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Reichseisenbahn zu beschäftigen hat, nahm zu den Forderungen der Industrie Stellung. Von sämtlichen Ausschußmitgliedern wurde der Standpunkt vertreten, daß eine Ueberführung der Reichseisenbahn in den Besitz der Privatkapitalisten den Interessen der deutschen Volkswirtschaft zuwiderläuft, weiterhin eine Gefährdung der Reichseinheit bedeute und politisch verhängnisvoll zu erachten ist. Ein entsprechender Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

*

Der demokratische Beamtenausschuß, der als Organisation der demokratischen Parteivorstände anläßlich des Parteitages der demokratischen Partei in Bremen am Freitag getagt hat, lehnte einstimmig nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Schultz die Pläne einer Entstaatlichung der Eisenbahn ebenfalls ab. Der Verlauf des Parteitages wird nun zeigen müssen, ob die demokratischen Beamtenvertreter in dieser Frage die Haltung der Partei beeinflussen werden oder die Vertreter des Privatkapitals.

Das Ende der Dollarhamsterei.

Der Handel mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten erfreute sich bisher einer Ausnahmestellung im Börsenverkehr. Während über alle andern Geschäfte am Wertpapiermarkte Schlußscheine aufgestellt werden müssen, aus denen genau zu ersehen ist, welche Werte gehandelt und welche Kurse gezahlt wurden, vollzog sich der Umsatz der Devisen und Noten bisher in einer Weise, die jede Kontrolle, besonders durch die Steuerbehörden, ausschloß. Die ausländischen Zahlungsmittel konnten, wie es in der Bankiersprache heißt, einfach über den Ladentisch gehandelt werden. Das bot natürlich den Steuerhinterziehern und Hamsterern eine willkommene Gelegenheit, große Beträge zu verstecken. Es wurden in erheblichen Beträgen Dollarnoten aufgekauft und entweder beiseite gelegt, oder bei einer kleinen Reise nach der Schweiz oder Holland mitgenommen und dort deponiert. Auf diese Weise sind recht bedeutende Auslandsguthaben entstanden. Die Tatsache, daß die in Dollarnoten angelegten Gelder keine Verzinsung brachten, spielte keine Rolle im Vergleich zu der Chance, der Steuerbehörde ein Schnippchen zu schlagen. Außerdem hat sich der Wert des Dollars, an der Papiermark gemessen, gerade in den letzten Monaten ganz bedeutend erhöht. Diesem Treiben soll der Gesetzentwurf über den Verkehr mit Devisen, fremden Geldsorten und Noten ein Ende bereiten. Der Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln soll künftig nur durch die Vermittlung von Banken und Bankiers erfolgen, die verpflichtet sind, von jedem, der mit ihnen derartige Geschäfte eingehen will, eine genügende Legitimation zu verlangen. Es müssen Schlußscheine aufgestellt werden, die sofort dem Finanzamt des Bankkunden zu überweisen sind. Die Finanzämter nehmen dann die überwiesenen Schlußscheine zu den Steuerakten. Gerade die letztgenannte Bestimmung hat den Devisenhamsterern einen unheimlichen Schrecken eingejagt. Sie müssen befürchten, daß nach dem Inkrafttreten des Gesetzes die Finanzämter hinter so manche Steuerschieberei kommen. Infolgedessen versuchen sie in letzter Stunde, ihren Besitz an ausländischen Zahlungsmitteln abzustoßen. So kam es, daß nach dem Bekanntwerden des erwähnten Gesetzentwurfes an der Berliner Börse urplötzlich ein ungeheures Angebot von Dollarnoten und anderen ausländischen Zahlungsmitteln auftauchte, während noch an den vorhergegangenen Tagen die Einfuhrfirmen nur einen Bruchteil der von ihnen benötigten Devisen usw. auftreiben konnten. Durch diese Vorgänge ist die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf einen Krebsschaden gelenkt worden, der wesentlich zum Verfall unserer Währung beigetragen hat. Wenn das deutsche Publikum seine verfügbaren Gelder in ausländischen Zahlungsmitteln anlegt, so kann man vom Ausland nicht verlangen, daß es die deutsche Mark einigermaßen günstig bewertet. In Finanzkreisen ist man überdies der Meinung, daß die Verminderung des Angebots an ausländischen Devisen auf die Gepflogenheit großer Exportfirmen zurückzuführen ist, ihre durch die Ausfuhr erlangten Guthaben im Auslande stehen zu lassen. Hieraus muß sich natürlich gerade in der jetzigen Ausverkaufsperiode eine rasch fortschreitende Verarmung der deutschen Wirtschaft ergeben. Während diejenigen industriellen Betriebe, die ausländische Rohstoffe verbrauchen, hierfür Zug um Zug Devisen an das Ausland abführen müssen, kommt der Gegenwert für die in Deutschland hergestellten Fertigerzeugnisse, der außer dem Rohstoffpreis noch die Arbeitslöhne, Kapitalrente und Händlergewinne enthält, der deutschen Wirtschaft nicht zugute. Das sind natürlich unhaltbare Zustände.

Die Welt vor dem Ruin.

Erschöpfung und drohender wirtschaftlicher Ruin sind — wie aus dem bereits an anderer Stelle erwähnten Buche „Europa ohne Frieden“ des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Nitti ersichtlich ist — die Früchte des Versailler „Friedens“vertrages. Nitti ist bemerkenswert offen in seiner Kritik des Vertrages, der Alliierten und besonders in dem Gebaren Frankreichs. Auf der Friedenskonferenz — so schreibt er — war Amerika, überzeugt, daß Fehler gemacht wurden, selten vertreten. Großbritannien zeigte oft wenig Interesse; daher hatten die französischen Absichten, den Krieg zu verlängern und die geschlagenen Nationen zu zerstückeln, freie Bahn. Deutschland mag zertrümmert werden, da Frankreich es wünscht. Aber durch seinen Sieg hat es sein Ansehen verloren — sein Ansehen als ein demokratisches Land. Alle demokratischen Länder sehen mit Mißtrauen auf Frankreich. Gegenüber Rußland verfolgt Frankreich durchaus plutokratische Neigungen. Angesichts der Machtlosigkeit Deutschlands hat Frankreich die größte Armee der Welt. Frankreich schickt farbige Truppen, um die höchst kultivierten und fortschrittlichen Städte Deutschlands zu besetzen. Sämtliche Klauseln des Vertrages, ob territorialer, politischer, militärischer, finanzieller oder ökonomischer Art, sind in vollständigem Widerspruch mit den feierlichst verkündeten Grundsätzen der Entente. Die Entschädigungsfrage, die den gegenwärtigen Zustand Europas herbeigeführt hat und die gleichfalls eine Verneinung der Entente-Grundsätze ist, wurde so „nebensächlich und beinahe aus Versehen“ erledigt. Das Ergebnis ist, nach Nittis Ansicht, die Schaffung eines unsicheren politischen Zustandes. Die neu geschaffenen Staaten werden nicht lange bestehen. Zerrüttete Produktion hat den Wiederaufbau des Handels unmöglich gemacht. Die besiegten Länder, so fürchtet Nitti, werden die Eroberer an den Abgrund bringen.

Damit Europa den verlorenen Frieden wiederfindet, macht Nitti einige Vorschläge dazu. Er würde die Reparationskommission abschaffen und deren Befugnisse dem Völkerbund übertragen. Die geschlagenen Länder sollten zum Völkerbund zugelassen werden; Verträge sollten revidiert werden. Der Völkerbund sollte die Entwaffnung Deutschlands überwachen. Großbritannien und Italien sollten Frankreich versprechen, ihm im Falle eines Angriffes zu Hilfe zu kommen. Die Entschädigungssumme sollte — wie wir bereits dieser Tage berichteten — auf 60 Milliarden Lire oder Franken reduziert werden.

Reichsregierung und Lehrerbildung.

Zur Reform der Lehrerbildung hat der Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, der soeben im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammentrat, die folgende Entschließung angenommen:

„Der Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer hat mit dem größten Befremden von den Ausführungen des früheren preußischen Unterrichtsministers Becker im Hauptausschuß des Landtages Kenntnis genommen. Er wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen das dort vertretene Programm einer „Lehrerbildungsreform“, die in Wirklichkeit nur die alte Arbeitsbildung der Volksschullehrer verewigen würde. Die Durchführung dieses Programms würde nichts anderes bedeuten als die Erhaltung der alten Seminare mit einigen ganz unzureichenden Aenderungen, und würde die notwendige Neugestaltung des Lehrerbildungswesens auf das tote Geleis schieben.

Es wäre ein Verhängnis für die Volkshochschule und für unsere Schule überhaupt, wenn Preußen nach der Auffassung seines früheren Unterrichtsministers Becker die „Führung“ in der Frage der Lehrerbildung erhielte. Der Hauptvorstand erwartet vielmehr von der Reichsregierung, daß sie sich die wirkliche Führung auf dem Gebiete der Lehrerbildung im Sinne des Artikels 143 der Reichsverfassung und der hierauf gegründeten Beschlüsse der Reichsschulkonferenz nicht aus der Hand nehmen läßt.

Der Hauptvorstand fordert deshalb von der Reichsregierung die sofortige Veröffentlichung ihrer Pläne für die Lehrerbildungsreform, damit die Lehrerschaft Gelegenheit zu ausreichender Mitwirkung erhält. Er richtet aber zugleich an alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft die dringende Aufforderung, auf der Wacht zu stehen und die Grundsätze für die neue Lehrerbildung den Unterrichtsministerien ihrer Länder gegenüber mit allem Nachdrucke zur Geltung zu bringen.“

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern nachmittag, der „Deutschen Allgemeinen“ zufolge, mit laufenden Angelegenheiten, hauptsächlich Personalfragen. In der Angelegenheit der Kredithilfe hat das Kabinett noch keinen Beschluß gefaßt.

Der Parteitag der Demokratischen Partei in Bremen wurde, nachdem am Donnerstag und Freitag bereits eine Satzung des Parteiausschusses stattgefunden hatte, am Freitag abend mit einem Begrüßungsabend in den Räumen des Parkhauses eingeleitet.

Die Verhandlungen des Städtetages

Im Anschluß an die dem deutschen Städtetag vorgelegte Resolution, die wir bereits gestern mitteilten, hielt der Berliner Oberbürgermeister Boeß ein Referat. Er führte etwa aus:

„Das erstemal sind der Deutsche Städtetag und der Reichsstädtebund zu einer gemeinsamen Sitzung vereinigt. Sie vertreten 27 Millionen Städtebürger in 1400 Städten. Die Not hat die Städte hierher geführt. Wir brauchen eine einheitliche und starke Kundgebung. Einzelne Bedenken muß der einzelne zurückstellen. Die städtischen Haushalte weisen nur das sieben- bis achtfache der Friedenssumme auf. Das ist ein Beweis nicht nur unserer Sparsamkeit, sondern auch unserer Bedrängnis, die uns an der Erfüllung der wichtigsten Wohlfahrtsaufgaben hindert, stehen doch in zahlreichen deutschen Städten schon die Straßenbahnen still, den Aermsten der Armen, den Waisen, den Witwen, den Müttern, den Kindern können wir die dringendsten Forderungen nicht bewilligen. Das ist nicht weiter zu verantworten. Die Gemeinden sind das Fundament, auf dem die Länder und das Reich ruhen. Wenn das Reich und die Länder zusammenbrechen, werden wir die Grundlagen für den Wiederaufbau sein. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen keine leeren Demonstrationen (Lebhaftes Bravo!), sondern wollen endlich aussprechen, daß es so nicht weiter geht. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen keine Anklagen erheben. Wir wissen, wie schwer es auch Reich und Länder haben. Die Reichsregierung hat kürzlich Erklärungen abgegeben, die sich so anhörten, als wollten uns die Regierungen in unserm Sinne helfen. Am Donnerstag hat nun die Reichsregierung vor dem Reichstage eine Erklärung abgegeben. Der Redner verliest diese Erklärung, die an ihren wichtigsten Stellen von höhnischem Gelächter der Versammlung begleitet wird und fährt fort: Diese Erklärung ist eine schwere Enttäuschung für die Städte. (Stürmische Zustimmung.) Die Reichsregierung hat die Lage in den Städten überhaupt nicht berücksichtigt. Mit dieser Erklärung wird uns keine Hilfe geleistet. Die Kontrolle der städtischen Finanzen durch das Reich, wie sie nach der Regierungserklärung geplant ist, wird unmöglich sein. Dieser Weg bedeutet aber auch den Tod der Selbstverwaltung. (Stürmische Zustimmung.) Wir legen entschieden Verwahrung dagegen ein, daß das große Werk von Stein und Hardenberg vor 100 Jahren jetzt in der Not des Reiches zugrunde gerichtet wird. Eine saubere Dreiteilung der Einnahmequellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ist notwendig. Es muß bald ganze Arbeit geleistet werden. Wir müssen auch bald erfahren, in welchem Umfange uns die Beteiligung an den Reichseinnahmen zugesichert wird und müssen wissen, ob die örtlichen Einnahmequellen, die sich besonders für die Gemeinde eignen, diesen erhalten bleiben. Die Realsteuern müssen die Gemeinden behalten. In dem Beispiel der Reichs-Wert-Zuwachssteuer, die dann ebenfalls den Gemeinden wieder überlassen worden sei, nachdem das Reich mit ihr Fiasko gemacht hatte, glaubte der Redner nachweisen zu können, das das Reich mit den Realsteuern nichts habe anfangen können. Das gleiche gälte für die Lustbarkeitssteuer und ähnliche Steuern.“

Oberbürgermeister Boeß schließt unter stürmischem Beifall der Versammlung mit dem Appell an Reichsregierung und Reichstag, die warnenden Stimmen der Städte nicht zu überhören.

In der Aussprache waren alle Redner in der Schilderung der Not der Städte einig. Oberbürgermeister Adenauer, Köln, wies unter anderm darauf hin, daß die neue Belastung für Köln jährlich doppelt soviel betrage, als der garantierte Anteil der Stadt Köln an der Reichseinkommensteuer beträgt. Er verlangt dauernde Hilfe. Die Städte wollten nicht mehr in finanzieller Abhängigkeit vom Reich bleiben. Oberbürgermeister Schmiedt, München, wies darauf hin, daß in seiner Stadt in dieser Frage alle Fraktionen einig seien. Die Erklärung der Reichsregierung sei unbefriedigend. Mit Vorschüssen könne man den Gemeinden nicht helfen. Beigeordneter Asch, Höchst a. M., verlangte, daß bei der Festsetzung von Besoldungsordnungen die Gemeinden mitwirken müßten. Er wandte sich gegen die zu geringe Berücksichtigung der unteren und mittleren Beamten bei der Neuregelung der Gehälter. Oberbürgermeister Gugelmeyer, Lörrach, sagte, daß die Belastung für 77 badische Städte 220 Millionen Mark betrage. In Geldsachen höre auch die berühmte süddeutsche Gemütlichkeit auf. Die Gemeinden wollten Rechte und wollten nicht wieder in den Vorzimmern der Minister und Abgeordneten antichambrieren. Oberbürgermeister Wagner, Breslau, erklärte, es sei unmöglich, daß seine Stadt die 100 Millionen aufbringen könne, durch die ihre Finanzen infolge der Besoldungsordnung mehr belastet würden. Oberbürgermeister Beims, Magdeburg, wandte sich gegen das von Asch (Höchst a. M.) geäußerte Verlangen, das Besoldungsgesetz noch einmal nachzuprüfen. Dies hätte nur eine Verzögerung der Auszahlung an die Notleidenden zur Folge, die die Hilfe am schnellsten gebrauchen. Auch wandte er sich gegen die Finanzkontrolle der Gemeinden durch das Reich. Die Herren, die in der Reichspolitik stecken, treten mit wahrer Weltfremdheit an unsere Sorgen heran. Wir nehmen ihnen das nicht übel, aber man soll uns doch glauben, wenn wir unsere Not schildern. Es ist bedauerlich, daß das Reichsfinanzministerium noch immer so gut wie unbesetzt ist. Wir brauchen eine feste Hand zur Leitung des Reichsfinanzministeriums.

Die vom Vorstande vorgelegte Entschließung wurde einstimmig angenommen. Von einer Entschließung Asch, die sich gegen die Abstufung der Gehälter in dem Besoldungsgesetz wandte, wurde nur der erste Satz akzeptiert, der verlangt, daß in Zukunft bei der Festlegung von Besoldungen die Gemeinden gehört werden.

Stinnes kauft. Wie die „Arbeiterzeitung“ aus Budapest meldet, soll Stinnes die Mehrheit der Aktien der „Atheneum“, Druck- und Verlags A.-G., erworben und damit die Zeitungen „Az-est“, „Magyar-orszag“ und „Pesti-naplo“ in seinen Besitz gebracht haben. Diese Blätter haben bisher in der ungarischen Königsfrage legitimistische Tendenzen vertreten.

Demobilisierung in Jugoslawien. Gestern begann in ganz Jugoslawien die Demobilisierung, die noch im Laufe der nächsten Woche beendet sein wird. An der ungarischen Grenze sind starke Truppenteile zurückgezogen.

Erdsegen.

Vertrauliche Sonntagsbriefe eines Bauernknechtes.

Ein Kulturroman von Peter Rosegger.

[22]

„Schau, Rocherl, ich —“ so begann der Jäger, „ich habe Dich fragen wollen. Wie geht's Dir mit der Hand?“

„Das siehst Du ja,“ antwortete der Rocherl und schwenkte den Arm in der Binde. „Wie soll's denn gehen. Ein Loch hat sie halt.“

„Ist die Kugel heraußen?“

„Wahrscheinlich. Weil's jetzt einmal zuheilen tut.“

„Kannst sie schon brauchen, die Hand?“

„Nit abbiegen laßt sie sich.“

„Tut's noch weh?“

„Das glaub' ich. Voraus bei der Nacht.“

„Wenn nur einmal das Blei heraußen ist!“ meinte der Jäger. Dann schwieg er still und schien, wie es mir, dem Lauscher, vorkam, nach passenden Worten zu suchen. Und nach einer Weise: „Es ist wohl saudumm, daß es so hat sein müssen. Ich hab' am vorigen Samstag für drei Monat meine Löhnung bekommen.“

„Ist eh recht,“ sagte der Rocherl. „Zu den Feiertagen braucht der Mensch immer Geld.“

„Nit deswegen, Rocherl. Weißt — schau — ich hab' Dich um was bitten wollen. Im Wirtshaus — kannst Dir denken — g'freut's mich nimmer. Das Kartenspielen auch nit. Für den Tabak langt's so noch aus.“

„Hast recht,“ sagte der Rocherl.

„Schau, Du solltest Deine Hand halt doch von einem ordentlichen Arzt untersuchen lassen. Ob das Ding wohl auch richtig heraußen ist. Daß Du kein Krüppel wirst. Denn, wenn's nit heraußen wär' —. So hab' ich mir gedacht, es ist meine Schuldigkeit, daß ich —. Gelt, Rocherl, Du bist mir nit bös deswegen.“

Den Ballen seines blauen Sacktuches wickelte er auseinander und da ist ein Geldtäschlein zum Vorschein gekommen.

Der Rocherl stand schnell und zornig auf.

„Mein lieber Konrad! Was ist schon gelitten hab' um diese Hand, das ist nit zu zahlen. Und was ich noch werd' leiden müssen! Glaub's schon, daß es Dich jetzt stiert. Daß mein ganzes Leben verspielt ist! — Steck Du Dein Geld nur wieder ein.“

Er ließ den Jäger sitzen und ging rasch ins Haus.

Jener hat noch eine Weile hergeblickt auf dieses Haus, ist dann durch die Hoflücke hinaus und über die Matte davongegangen.

Also habe ich gesehen, daß unser Rocherl der Sohn seiner Mutter ist. Wenn die Herren vom Walde glauben, hinterher mit Geld alles gut machen zu können — bei den Leuten im Adamshaus kommen sie schlecht damit an. Hier gilt nicht jedes Geld. —

Habe ich Dir schon geschrieben, daß statt meines spröden Adams der Kulmbock zum Landboten gewählt worden ist? Seine Antrittsrede beim Kirchenwirt war kurz, aber stark: „Na, die sollen sich g'freuen! Wenn ich einmal anheb'! An mir kommt keiner vorbei! Wenn sie glauben, die Herrschaften, daß sie mich mit dem Viehsalz abfüttern werden! Na, gute Nacht. Mit mir werden sie nit viel zu lachen haben. Die Schlamperei muß ein Ende nehmen. Bei mir, wenn sie verhandeln wollen, kommen sie an den Unrechten. Daß sie's nur wissen. Schuhnägel friß ich nit!“

Das ist der derbe, klobige Kulmbock. Wir werden uns auf was Großartiges gefaßt zu machen haben bei diesem Abgeordneten. Schuhnägel frißt er nit! Der geht auf keine Kompromisse ein. Ja, Freund, wir schicken einen Wilden. Einen Urkerl aus der Waldbergscholle. —

Muß Dir noch mitteilen, daß ich nächstens auf eine Woche belogiert werde. Schlafen muß ich dann in der Heuscheuer, wo es nicht übel ist und keine Stadtdame hat das aromatische Boudoir, wie Hansel der Knecht. In meine Apartements nächst den Ochsen wird der Michelmensch einziehen. Das ist ein doppelter, sagt der Rocherl, besteht aus dem Michel und der Michelin, und zusammen werden sie der Michelmensch geheißen.

Das alles ist so wunderlich und schwer ins „Milieu“ zu bringen. Ich habe einen großen Gedanken. Komm' im nächsten Sommer in den Almgai. Da ist es frischer und urwüchsiger als in Südtirol, wo Dir ja ohnehin die Hitze nicht behagt. Beim Wirt in Hoisendorf fehlt Dir nichts und die Ferienfaulenzerei kannst Du Dir noch damit versüßen, daß Du, im Baumschatten hingelagert, dem Adamshauser-Knecht bei seiner Rackerei zuschaust und dabei eine Havanna schmauchest. Mußt ihrer aber selbst mitbringen, denn die hiesige Trafik führt nur — starken Towack.

Am achtzehnten Sonntag.

Jetzt sind sie da. Der Mai und der Michelmensch. Der erstere macht mich zu einem sehr reichen Manne. Jetzt, Alter, kann ich Dich wahrhaftig einladen. Jetzt steht der Empfangssalon bereit. Sogar in unserer Hausstube heben auf Kästen und Truhen die gemalten Blumen an zu blühen, wenn zum Fenster hinein die Sonne draufscheint. Und erst gar draußen!

Es ist wohl sehr zu unrechter Zeit, wenn der Herausgeber der „Kontinental-Post“ jetzt Versuche macht, mich in die Stadt zu locken. Und er macht sie. Beehrte mich mit einem entzückend liebenswürdigen Brief. Es bedürfe einer weiteren Probe nicht mehr, schmeichelt er, den Beweis, daß ich ein Charakter bin, der Wort zu halten versteht, hätte ich ja glänzend erbracht. Alle Achtung! Ich möchte nur zurückkehren in das menschenwürdigere Leben der Kultur. Die Stadt liege jetzt wie in einem Paradiese da, mitten in ihren blühenden Gärten. Das glaube ich ihm aufs Wort. Hier haben wir ja auch ein Paradies und sogar einen Adam drin. Wenn nicht auch eine Eva. Ein Mann, so schreibt mein Stein von Stein, der mit so tapferer Selbstverleugnung für sein Fach praktische Studien gemacht, werde seinem Blatte doppelt wert sein. Der könne schließlich wohl auch mit Recht auf eine tunliche Gehaltserhöhung pochen, und man würde kaum ermangeln, seinen etwaigen diesbezüglichen Wünschen zu entsprechen. — Wie schön doch dieser Vogel jetzt singt! So schön hat er noch nie gesungen. Ich, natürlich, bin stockblind für meinen eigenen Vorteil und danke ihm bestens für das gütige Interesse an meiner Person, könne aber seinem väterlichen Rate leider nicht nachkommen, weil meinem Dienstherrn versprochen worden sei, das ganze Jahr bei ihm zu bleiben. Uebrigens ginge es mir nicht schlecht, hätte meiner Tage nirgends so viel gelernt, als hier, und auch nirgends so viel verdient! — Es wird ihm unendlich leid sein. Natürlich um die zwanzigtausend Kronen. —

Der Michelmensch hat es sich allerdings nicht ganz so einrichten können. Der Michel ist in hiesiger Gegend über sechzig Jahre Bauernknecht gewesen, die Michelin sechsundvierzig Jahre Bauernmagd. Zwanzig Jahre lang sollen sich die zwei geliebt haben — heimlich natürlich, am Fensterlein. Als ihnen das langweilig wurde und als das Gesetz allgemeiner Heiratsberechtigung kam, haben sie sich auch öffentlich zusammengetan und heißen seither der Michelmensch. Arbeitsfähig waren sie immer gewesen, erspart jedoch hatten sie sich gar nichts. Der Michel war ein Lump gewesen und hatte alle Sonntage nach dem Amte beim Kirchenwirt ein Seidel Wein getrunken. Die Michelin hatte ihren Jahrlohn ans Kind verbraucht. Ein Knabe war's, der frühzeitig als Almhirte selbst sein Brot erwarb und in seinem elften Lebensjahre eines Tages bei plötzlich eingefallenem Schneegestöber erfroren ist. — Das der Lebensumriß dieser zwei alten Leutchen, die nun als Bettelleute von Haus zu Haus ziehen und in jedem der Höfe je acht oder vierzehn Tage verpflegt werden müssen. Dir ist das „Einlegerwesen“ wohl aus Morres Volksstück „'s Nullerl“ bekannt. Nun im Theater rührt es gelinde und macht guten Appetit fürs Souper. Hier jedoch —.

So ist der Michelmensch auch in das Adamshaus gekommen. Einen großen Buckelkorb, für den breiten Rücken eines Waldholzknechtes gebaut, haben die zwei so getragen, daß das eine Tragband ihm über die rechte Schulter, das andere ihr über die linke ging. Mitsamt den Handstecken hatte dieser „Michelmensch“ somit sechs Füße und vier Hände, zwei Köpfe und einen Korb. Recht gesprächig waren die kleinen, ganz eingeschrumpften Leutlein, als sie im Hause angekommen. Der Michel setzte sich behäbig wie ein alter Ausgedingler in den Herdwinkel, nickte beständig mit dem weißen Köpflein, schaute unverwandt seiner plaudernden Alten ins Gesicht und begleitete ihre Ausdrücke mit Mienenspiel, so daß er den zahnlosen Mund aufmachte, wenn sie lebhaft sprach, daß er seine Stirn runzelte, wenn sie sich über die Rokeiten eines Nachbars beklagte, und sein runzeliges Antlitz gemütlich ins Breite zog, wenn sie die Mildtätigkeit einer Bäuerin rühmte. Die Michelin wollte sich im Hause gleich nützlich machen und langte überall zu, gleichsam als möchte sie den Adamsleuten die Güte erstatten, daß ihr Michel so warm im Herdwinkel sitzt und extra einen Mehlbrei bekommt, weil er bei Tische schon gar nichts mehr beißen kann.

Fortsetzung folgt.